
Staat und Kapital: keine gemütliche Partnerschaft

Public Private Partnerships auch bundesweit auf dem Vormarsch – nach dem Vorbild Berlins

Von Gerlinde Schermer

Alle Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) sind auf unterschiedliche Weise, aber mit schlafwandlerischer Sicherheit stets zu Ungunsten des »Partners Staat« ausgegangen. Der Grund war dabei immer der, daß der Staat den Privaten die Geschäftsleitung übergeben hat. Grund war die feste Überzeugung, daß Private alles besser machen. Die über Jahre hinweg geführte Kampagne gegen den öffentlichen Dienst und die öffentlichen Betriebe hat tiefe Spuren hinterlassen. Daß diese Agitation in Berlin auf besonders fruchtbaren Boden fiel, lag daran, daß wegen der politischen Situation der Stadt vor der Wiedervereinigung die Verwaltung über Jahrzehnte tatsächlich aufgebläht worden war und auch dadurch teilweise ineffektiv wurde. Die Politik konnte gegen diese Kampagne auch deshalb nicht erfolgreich auftreten, weil sie sich selbst an Vetternwirtschaft und Korruption beteiligte. Sie gab sich nach der Wende von 1989 Wachstumsphilosophien von Wirtschaft und Bevölkerung hin, die zu Beschlüssen über staatliche Haushaltsausgaben und Verpflichtungserklärungen führten, die das Land noch über Jahrzehnte belasten werden. Das Interessante: Sowohl die Wohnungsbauförderung, die das Land noch bis 2020 belasten wird, wie auch die Bankgesellschaft Berlin waren PPP – auch wenn dies Mitte der Neunziger noch nicht so genannt wurde. In beiden Fällen reichte das Land öffentliche Mittel an private aus, damit diese bestimmte Aufgaben viel besser und effektiver erledigen. Mit den bekannten Resultaten: die Pleite der Bankgesellschaft und die überhöhten Preise im »sozialen« Wohnungsbau.

Ein anderes Beispiel für eine »erfolgreiche« PPP ist die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe, mit der in wenigen Jahren Berlin zum Spitzenreiter bei den Wasserpreisen in ganz Deutschland aufstieg. Im letzten September passierte das Gesetz zur Förderung von PPP den Bundestag – weder die Berliner Erfahrungen noch das Maut-Debakel haben die Abgeordneten vorsichtig gemacht.

Solange der Staat meint, er täte gut daran, seine Aufgaben zu reduzieren und diese mit einer immer kleineren Schar öffentlicher Bediensteter auf schmaler Basis zu erledigen, solange es ihm gleichgültig ist, daß viele Menschen dabei auf der Strecke bleiben und sie ihn nur als Kostenfaktoren interessieren, solange müssen sich die gesellschaftlichen Gegensätze verschärfen. Dagegen müssen wir ein Konzept der Beteiligung aller Menschen setzen, sich nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten an der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen.

Gerlinde Schermer ist Sprecherin Donnerstagskreis der Linken in der Berliner SPD
